



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Ministerwechsel in Portugal.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

bungen mitunter eine gewisse Unbeholfenheit verräth. Das war nicht etwa Mangel an Fleiß und Sorgfalt; er arbeitete mit ebenso viel Genauigkeit als Eifer, und bei seinem eisernen Willen hätte er nichts sich anzueignen versäumt, das er als nothwendig für seine künstlerische Wirksamkeit erkannt hätte; daß er das Bedürfniß nicht fühlte, dieses wichtigsten Hilfsmittels für alle eigentlich musikalische Gestaltung vollständig Herr zu sein, kann uns vielmehr ein neues Zeugniß für die schon besprochene Eigenthümlichkeit seiner musikalischen Organisation sein.

### Der Ministerwechsel in Portugal.

Während in Belgien das Volk seine enthusiastische Freude darüber aussprach, daß die verfassungsmäßige Regierung den fünfundzwanzigjährigen Staat blühend, geachtet und fest gegenüber den Stürmen einer bösen Zeit gemacht hatte, unterlag in Spanien die Partei des ehrlichen Constitutionalismus wieder einmal den Bajonetten eines höfischen Generals. Und zu derselben Zeit machte Portugal einen Ministerwechsel durch, welcher in diesem Lande die Herrschaft der ehrlichen Fortschrittspartei zu begründen scheint. Es ist nicht ohne Interesse, jetzt, wo das Princip der verfassungsmäßigen Freiheit in Europa zahlreiche Niederlagen erfahren hat, die Verhältnisse des Staats zu betrachten, der für uns immer noch jenseit der Säulen des Hercules liegt, und der doch eine eigenthümliche Verbindung zweier entgegengesetzten Elemente darstellt, ein romanisches Volk, in Bildungszuständen, welche wo möglich noch ungünstiger sind, als die spanischen, und eine Regentenfamilie aus deutschem Blut und einem Hause, dessen Erfolge bis jetzt durch den aufrichtigen Anschluß an das constitutionelle System bewirkt worden sind.

Fünf Jahre sind vergangen, seit in Portugal der General Saldanha durch eine Militärinsurrection sich und seine Freunde der Krone zu Ministern aufdrängte. Fünf Jahre, länger als ein anderes Ministerium seit 30 Jahren, hat das Ministerium Saldanha über Portugal geherrscht, es hat eine tiefgefränkte Königin zur Gruft begleitet, hat die Regentschaft des Königgemahls proclamirt, und die Thronbesteigung Don Pedros V. gefeiert. In der That aber war seine Existenz von der aller frühern Ministerien wenig verschieden. Saldanha war übermächtig gewesen, als er die Fahne der Opposition hoch hielt, seit er die Gewalt in Händen hatte, erwies auch er sich unfähig, den Staat zu leiten. Seine Administration war ein unaufhörlicher Kampf mit den Finanzverlegenheiten des Staates, eine Benützung schlechter Palliative gegen die Leiden, welche radical zu heilen ihm der ernste Wille und die fühlliche

Kraft fehlten. Vor ihm war die unregelmäßige Bezahlung der Beamten eine ewige Quelle von Unzufriedenheit und Empörungen gewesen; um sich nun den Beamtenstand zu sichern, adoptirte das Ministerium den löblichen Grundsatz, vor allem die Besoldung der Staatsdiener regelmäßig zu bezahlen. Leider war es zu gleicher Zeit unfähig, eine ordentliche und gewissenhafte Verwaltung der Staatseinnahmen einzuführen, und die Budgets, welche den Kammern ganz gesetzmäßig vorgelegt wurden, waren nichts als Finanzträume und Unwahrheiten. Nie erreichte die wirkliche Einnahme auch nur annähernd die Anschläge, während die Ausgaben mit einer trostlosen Sicherheit über die angenommene Höhe hinausgingen. So mußten fortwährend Gelder aufgeborgt und neue Schulden gemacht werden, um auffallende Ausfälle zu decken, und so konnten contrahirte Verpflichtungen nicht erfüllt werden und Einnahmeposten, für welche eine bestimmte Verwendung festgesetzt war, wurden in der Noth wieder zur Abzahlung von Anleihen angewandt. Dadurch war in diesem Jahr nur die laufende Schuld zu einer Höhe gestiegen, welche nach den Berechnungen Eingeweihter zwanzig Millionen Franken weit überstieg. Die größern Finanzoperationen waren eine Reihe unglücklicher Experimente gewesen. Im Jahr 1852 hatte der Finanzminister Fontes eine gewaltsame Reduction der Zinsen der Staatsschuld vorgenommen, welche die englischen Gläubiger mit Recht erbitterte, aber allerdings den Ausgabeetat um fast vier Millionen Franken leichter machte. Statt diese Summe zu sparen, wurden auf der Stelle neue Ausgaben zu höherem Betrage in das Budget gesetzt, Ausgaben, deren Nutzen für den Staat zweifelhafter war, als der Nutzen für die Minister. Kurz darauf verpfändete das Ministerium den gesammten Fond zur Reduction der öffentlichen Schulden, bestehend aus dreiprocentigen Papieren, um etwa dreißig Procent des Betrages, weil im Augenblicke wieder einmal Geld zur Bezahlung der Staatsdiener nöthig war; dadurch verlor der Staat fast 70 vom Hundert seiner dreiprocentigen Titel. Endlich im letzten Winter fiel Fontes in die Hände des Credit mobilier zu Paris, nachdem er vergebens versucht hatte, in London mit den Gläubigern der reducirten Staatsschuld zu accordiren. Der Credit mobilier wollte Portugal eine bedeutende Summe, wie ich höre, drei Millionen Pfund, angeblich zum Bau von Eisenbahnen vorschießen, in der That aber sollte der Staat nicht die Hälfte davon bekommen, nicht mehr als einige 40 Procent, und von der gezahlten Summe sollten die Bankers in London für die Zinsenreduction entschädigt, außerdem zweifelhaftere Geldansprüche anderer Gläubiger befriedigt werden. Von dem aber, was dann noch übrig blieb, wollte der Minister den größten Theil zur Deckung der laufenden Schulden anwenden. Es wäre also für den Eisenbahnbau sehr wenig übrig geblieben. Das Ganze war ein verzweifelttes Project, welches die Hilflosigkeit des Ministeriums ebenso sehr an den Tag legte, als den furchtbaren Druck,

welcher die moderne Vereinigung der Geldkräfte auf das Leben der schwächeren Staaten schon jetzt ausübt.

Mit diesem Project kehrte Fontes im Anfang d. J. nach Lissabon zurück und das Ministerium legte dasselbe den Kammern vor mit der Forderung einer Steuerbewilligung, welche die Zinsen dieser neuen Anleihe decken sollte. Trotzdem konnte ein starkes Deficit im neuen Budget nicht verdeckt werden. In den Kammern, — es war die letzte Sitzung der Deputirten von 1832 — erhoben sich die Parteien heftig gegen diese verderblichen Finanzoperationen, und das Ministerium, für seine Existenz besorgt, beging die größte Thorheit einer schwachen Regierung, es begann Gnaden an die Opposition zu verschwenden, d. h. eine Prämie auf Opposition zu setzen. Der junge König verhielt sich schweigend und beobachtend. Saldanha's Einfluß im Lande war immer noch groß, seine intriguante und zu Vielem entschlossene Persönlichkeit, welche unter allen Umständen die Macht in Händen behalten wollte, zwang zur Vorsicht. Noch war unvergessen, wie er Minister geworden war; es kam darauf an, im Lande die Ueberzeugung reifen zu lassen, daß das Ministerium Saldanha unfähig sei, die Geschäfte weiter zu führen, und das Ministerium selbst auf verfassungsmäßigem Wege durch die Opposition der Kammermajorität zu werfen.

Allein Saldanha war entschlossen, sich durch den König zu decken; denn er war überzeugt, der König werde sich scheuen, die Initiative gegen das Ministerium zu ergreifen, und die immer noch Mächtigen zu entlassen, bevor die zwingende Nothwendigkeit eingetreten sei. Saldanha trat deshalb vor den König und verlangte von ihm die Ernennung von zwanzig neuen Pairs, welche dem Ministerium neue Freunde in der neuen Deputirtenkammer, und die Majorität in der Pairskammer sichern mußten, wo nicht, seine Entlassung. Der König verweigerte die Ernennung der Pairs, die für Portugal eine ebenso gefährliche, als lächerliche Maßregel gewesen wäre. Dagegen gab er dem Ministerium zum Schrecken desselben die Entlassung, und hatte seine Maßregeln so gut getroffen, daß diese Systemveränderung das erste Mal in Portugal ohne Tumult vor sich ging, auch die Intriguen des gestürzten Herzogs und seiner Freunde hatten keinen Einfluß auf den Entschluß der Krone. Das neue Ministerium war nach fünf Tagen der Krisis aus ehrlichen Progressisten zusammengesetzt. Saldanha behielt zum Schein den Oberbefehl der Armee; daß der König ihm diese Stellung lassen konnte, betrachtet man in Lissabon als ein Zeichen, wie sicher sich der neue Regent bereits fühlt. Das neue Ministerium hat unter guten Auspicien angefangen. Die englischen Gläubiger sollen ihr Recht erhalten, die Unterhandlungen mit dem Credit mobilier sind abgebrochen, die Kammern haben dem Ministerium 350,000 Pfund zum Straßenbau verwilligt, die Eisenbahnprojecte werden eifrig betrieben. Einzelne Versuche, die Soldaten und den Pöbel zu Tumulten aufzuregen, sind im Beginn

erstickt worden, und trotz der Theuerung, welche auf Portugal wie ein Alp liegt, lebt in den Gebildeten der Glaube an den Beginn einer besseren Zeit, das heißt für Portugal zunächst an eine redliche Verwaltung und gewissenhafte Verwendung der Staatsgelder.

**Politische Neuigkeiten.** Ueber den royalistischen Putsch in Neuenburg ist wol in ganz Europa nur eine Stimme; niemand zweifelt daran, ihn als ein ebenso lächerliches als frevelhaftes Unternehmen zu brandmarken; niemand zweifelt ferner daran, daß die Lösung des Verhältnisses zu Neuenburg ebenso im Interesse des preussischen Staats liegt, als im Interesse der Eidgenossenschaft; denn wenn auch die deutschen Staaten aus fürstlichen Domänen hervorgegangen sind, so haben sie doch im Lauf der Entwicklung eine andere Gestalt angenommen; der preussische Staat ist gegenwärtig etwas Anderes, als der Inbegriff der Besitzungen des Hauses Hohenzollern. Ob die neuen Erwerbungen in Schwaben, ob die schon früher bestandene Mitbesetzung süddeutscher Festungen durch Preußen, die in einem vorkommenden Collisionsfall doch nicht zu halten sein würden, dem wohlverstandenen Interesse des preussischen Staats entspricht, das mag hier dahingestellt bleiben. — Aber die Frage hat noch eine andere Seite, auf die wir hier aufmerksam machen möchten. Die Aufhebung der preussischen Herrschaft in Neuenburg im Jahre 1848 war ein Act eigenmächtiger brutaler Gewalt, ein Gewaltstreich, der in jedem andern Fall zu einer blutigen Collision geführt haben würde, und wenn Preußen durch seine Lage verhindert wurde, seine Ansprüche thatsächlich durchzuführen, so ist es doppelt die Pflicht der Großmächte, für die Herstellung des Rechtszustandes zu sorgen. Nichts liegt unsern Wünschen ferner, als die wirkliche Wiederanknüpfung jenes unhaltbaren Bandes; aber die Form muß gewahrt werden, denn es handelt sich hier um ein Princip des allgemeinen Völkerrechts. Nach unserer Ansicht würde die Eidgenossenschaft in ihrem eignen Interesse handeln, wenn sie dazu auf eine ernste und sachgemäße Weise die Hand bietet, denn jetzt hat sie zwar von Preußen nichts zu fürchten, aber es könnte doch unter manchen Umständen eine Gefahr für sie daraus erwachsen. Niemand wird in Abrede stellen, daß z. B. zwischen Preußen und Frankreich einmal aus gemeinsamen Interessen ein Bündniß entstehen kann, daß eine staatskluge preussische Regierung einer ebenso staatsklugen französischen Regierung ihr Recht auf Neuenburg cedirt, und daß diese sich veranlaßt sieht, das so erworbene Recht wenigstens als einen Vorwand aufzufassen, sich in die Angelegenheiten der Schweiz einzumischen. — Das Fortbestehen der Schweiz beruht nicht auf ihrer eignen Kraft, sondern auf den europäischen Verträgen, die ihr eine beständige Neutralität garantiren. Um so mehr hat sie Veranlassung, die Rechte anderer Staaten zu respectiren, und das Recht Preußens hat sie bei der Einverleibung von Neuchâtel auf eine gröbliche Weise verletzt.

Wenn diese Begebenheit als eine Episode erscheint, die keine erheblichen Folgen haben wird, so sieht es mit einer andern, allgemeineren Bewegung desto ernster aus. Wir meinen die Fortschritte des Ultramontanismus, der mit einer Consequenz, wie man sie lange nicht wahrgenommen hat, seinen Einfluß auf die Regie-